

Sächsische Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 3 00.- bei halbjähriger Zustellung 15 00.-...

Halle-Saale

Donnerstag, 28. Juni 1928

Anzeigenpreis: für die Doppelzeile 25 mm breite Plakate...

Hindenburg lehnt Wirth ab

Balkanperspektiven

Föderalisierung Jugoslawiens? — Die Auslösung der kleinen Entente.

(Von unserem Balkankorrespondenten.)

L. L. Belgrad, Ende Juni.

Etwas eine Woche ist seit den Stupischinamorden vergangen, Leidenschaften und Erregung sind nach dem Attentat und bei den Leidenfeiern im Mann gehalten worden...

Mit anderen Worten: Jugoslawien ist auf dem Wege zur Föderalisierung. Größere Forderungen des Staatsgefühls stehen bereit faum zu erwarten.

Der Wirrwar wird immer größer

Die Komödie der Regierungsbildung

Berlin, 27. Juni.

Ob das deutsche Vaterland mit dem Kabinett der Köpfe, der Regierung der Persönlichkeiten, beglückt werden wird, das steht zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch in den Sternen.

Es ist zunächst notwendig, mit einem Ausdruck ins Gericht zu gehen, der sich nicht nur als irreführend, sondern sogar als Blasphemie herausgestellt hat, nämlich mit dem Wort von „Kabinett der Köpfe“.

Obwohl wir in Deutschland in bezug auf die Schwierigkeiten bei den Regierungsbildungen schon manches gemerkt haben, übersteifen die Vorgänge bei den diesmahligen Verhandlungen doch alles, was bisher auf diesem Gebiet gescheit worden ist.

Das Land, dessen Führer einer von ihnen heißt erlebten Regierungsform nicht einmal das kleine Opfer persönlicher Eitelkeit zu bringen vermögen, verdient dieses Mittel.

Der Standpunkt des Reichspräsidenten

Die Schwierigkeiten in den Verhandlungen und die Regierungsbildung werden immer größer statt kleiner. Der Eigennutz Dr. Wirths, der, mit dem Reichsfinanzminister nicht zu

frieden, den Bismarckspalten haben wollte, ist nicht nur bei seiner eigenen Fraktion und bei Hermann Müller, sondern auch beim Reichspräsidenten H. Hindenburg schwer abgefallen, der seine Meinung ungewidrig dahingehend zu erkennen gab, daß

er eine Diktanzlerschaft Dr. Wirths für unzumutbar hält.

Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis für die Einziehung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgesehenen Amtes eines Bismarckspalten annehme, im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen.

Der Abg. Müller-Franken teilte den Abg. Effer und Siegelwald den Inhalt seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten sofort mit. Der Abg. Siegelwald erwiderte dem Abg. Müller-Franken, daß die Zentrumsfraktion sich am heutigen Tage nicht mehr auf die Schaffung eines Bismarckspalten berufen habe, sondern als zweite Lösung in Vorschlag gebracht habe, daß man dem Zentrum an Stelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium, wie das Reichsinnenministerium, überlassen möge.

Müller-Franken gibt seinen Auftrag zurück?

Der Abgeordnete Müller-Franken wird sich am Donnerstag vormittag 11 Uhr zum Reichspräsidenten begeben, um ihm erneut Bericht zu erstatten. In sozialdemokratischen Kreisen nimmt man an, daß Müller-Franken voraussichtlich dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückgeben wird.

Die Deutsche Volkspartei erklärt sich nicht für gebunden

Berlin, 27. Juni.

Die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dauerte fünf Stunden. Ueber die Sitzung wurde folgender Bericht ausgegeben:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat heute vormittag 11 Uhr zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. Es wurde zunächst, und zwar in gebührender Abstimmung, folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Fraktion dankt ihrem Vorsitzenden und Führer an das wärmste für seine nun fast fünf Jahre währende unermüßliche, opferwillige und erfolgreiche Arbeit im Dienste für Fraktion, Partei und Vaterland, insbesondere auch für die geschilderte und gleichwohlige Führung der Verhandlungen zur Regierungsbildung in den letzten Wochen und spricht ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.“

Des weiteren wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Fraktion stellt sich, daß die richtige Leitung der Partei und der Fraktion eine föhliche enge Fühlungnahme aller an den

erfahrenen Deutschlands, als Erkenntnis eigener Fehler. Leider aber hat sich diese Selbstkenntnis noch nicht zur vollen Konsequenz durchgedrungen, nämlich zur Abgabe des Amtsbüros für Österreich. Weidlich bleibt dieser Punkt der nächsten Konferenz der kleinen Entente vorbehalten.





